

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

9/XXV/128

Bonn, den 14. Juli 1970

Seite Zeilen

1 - 2 Bauelement für eine europäische Friedensordnung 51

Klarstellung zu einer Fehlkritik des CDU-MdB Blumenfeld

Von Dr. Katharina Focke SPD-MdB,
Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeskanzleramt

2 Dschungel im EWG-Agrarmarkt 21

Er soll nun durchforstet werden

3 Erste Regelung der "inneren Pressefreiheit" 43

Erfreulicher Fortschritt auch für den Leser

Von Heinz Ruhnau,
Innensenator von Hamburg, Mitglied des SPD-Bundesvorstandes und
Geschäftsführender Vorsitzender des Parteivorstandsausschusses
für Massenmedien

4 Für neun Kinder nur ein Platz im Kindergarten 45

Schwere Versäumnisse der CDU-Landesregierung von Schleswig-Holstein

SELBSTBESTIMMUNG UND BEINGLIEDERUNG bringt heute:

Entscheidende Rolle der Sozialdemokraten
Industriearnsiedlung hat Wirtschaftsstruktur verbessert
Geretsried jüngste Stadt Bayerns
Warschau sendet in Deutsch
Gefechte mit konterrevolutionären Bänden
Katholischen Orden Tätigkeit untersagt
Erich Schöngut †
Neuer Roman von Egon Rakette

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 5300 Bonn 9,
Heussallee 2-10, Pressehaus I, Zimmer 217-224, Telefon: 2280 37-38, Telex: 886 846 / 886 847 / 886 848 PPP D

~~Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markschelle~~

Bauelement für eine europäische Friedensordnung

Klarstellung zu einer Fehlkritik des CDU-MdB Blumenfeld

Von Dr. Katharina Focke SPD-MdB,
Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeskanzleramt

Als Sprecher der CDU/CSU-Fraktion für Europafragen hat der Abg. Erik Blumenfeld die Europapolitik der Bundesregierung scharf angegriffen, indem er die Bundesregierung verdächtigt hat, den westeuropäischen Zusammenschluß gegen Fortschritte in ihren ostpolitischen Bemühungen eintauschen zu wollen. Er glaubte sich dabei auf Auszüge einer Rede stützen zu können, in der ich kürzlich in Stuttgart vor der Europa-Union die enge Verzahnung zwischen der West- und der Ostpolitik der Bundesregierung dargestellt habe.

Die Kritik Blumenfelds setzte an meinen Überlegungen zu einer gesamteuropäischen Friedensordnung an, die für alle eigentlich selbstverständlich sein sollten: daß "dieses Europa nämlich nicht gegen die Sowjetunion entwickelt werden kann". Auch der CDU/CSU war immer klar, daß ohne die Mitwirkung der Sowjetunion der europäische Friede nicht gesichert werden kann. Aus der Erwähnung dieser Tatsache heraus, die doch auch weiterhin Allgemeingut sein sollte, der Bundesregierung nun - wie Herr Blumenfeld es tut - zu unterstellen, sie werde "im Falle einer von der Sowjetunion heraufbeschworenen Kontroverse zwischen westeuropäischer Einigung und Entspannungspolitik nach Osten der Ostpolitik den Vorzug geben", das ist völlig aus der Luft gegriffen und dient allein dazu, den Mangel einer eigenen gesamteuropäischen Konzeption der Union zu verdecken.

Tatsächlich hat die Bundesregierung immer wieder betont, und auch ich habe dies in Stuttgart wiederholt, daß "der westeuropäische Integrationsstand in Zukunft ebenso wenig Verhandlungsgegenstand mit der Sowjetunion sein kann, wie dies in der Vergangenheit der Fall war". Wir sind nicht bereit, die Europäische Gemeinschaft gegen eine gesamteuropäische Friedensordnung einzutauschen. Was wir allerdings wollen, ist, sie als westeuropäisches Bauelement in eine solche Friedensordnung einzubringen. Bundeskanzler Willy Brandt hat immer wieder betont,

daß die Gemeinschaft geradezu als beispielhaft für eine Friedensordnung gelten kann.

Der in der Gemeinschaft gefundene institutionalisierte Interessenausgleich zwischen großen und kleinen Völkern, der ohne hegemoniale Führung und ohne Diskriminierung auskommt, kann seine Anziehungskraft auf die Völker Osteuropas nicht verfehlen, denen die Unfruchtbarkeit der überkommenen nationalen Ordnungsvorstellung eines Tages genauso bewußt werden wird, wie uns heute.

West- und Ostpolitik können nicht zusammenhanglos nebeneinander betrieben werden. Dies weiß auch Herr Blumenfeld, wenn er bestätigt, daß es zwischen dem Zusammenschluß Westeuropas und einer Entspannungspolitik nach Osten keinen Widerspruch gibt. Wenn er dennoch aus halben und willkürlich miteinander verknüpften Zitaten Verdächtigungen gegenüber der europapolitischen Glaubwürdigkeit der Bundesregierung herleitet, dann wird offensichtlich, daß es der CDU/CSU hier nicht um den Erfolg in der Europapolitik geht, sondern ihr alleiniges Motiv parteipolitischer Konkurrenzneid ist.

Vielleicht will auch Herr Blumenfeld mit seiner Polemik die Scharte ausweiten, die die Ablehnung seines Berichts zur deutschen Ostpolitik und deren angeblich negative Auswirkung auf den westlichen Zusammenhalt durch die Mehrheit der NATO-Parlamentarier-Konferenz für ihn bedeutet haben muß?

+ + +
Schulden im EWG-Agrarmarkt

Er soll nun durchforstet werden

Auf einen löblichen Vorsatz haben sich die Landwirtschaftsminister der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) auf ihrer letzten Zusammenkunft in Brüssel geeinigt. Sie wollen den "Dschungel" auf dem EWG-Agrarmarkt durchforsten lassen, der recht sonderbare Blüten treibt. Da gibt es Länder in der Gemeinschaft, die Subventionen für die Neupflanzung von Obstbäumen gewähren, während andere Partner finanzielle Hilfen für die Rodung von Obstplantagen von der EWG-Kommission beanspruchen - ein wahrhaft grotesker Zustand, der viel Geld verschlingt und allenthalben Ärger auslöst. Niemand kennt sich mehr richtig in diesem Wirrwarr von gewährten und verlangten Beihilfen aus. Die landwirtschaftlichen Überschüsse haben Probleme aufgetürmt, deren Abbau des Schweißes der Edlen wert ist. Der Vorsatz der Durchforstung ist gut, doch wird er nicht leicht durchzuführen sein. Immerhin ist der Mut der EWG-Agrarminister zu loben. Denn hier haben sie es untereinander und miteinander mit mächtigen Interessentengruppen zu tun, die im Ringen um Marktanteile oft die europäische Sicht verlieren. Gelingt das Vorhaben der EWG-Landwirtschaftsminister - und es muß um der Sache willen gelingen! -, dann ist die Wirtschaftsgemeinschaft einen weiten Schritt vorangekommen. Ordnung im eigenen EWG-Bereich erleichtert gewiß die ohnehin schwierigen Verhandlungen mit den beitragswilligen Ländern Europas.

+ + +

Erste Regelung der "inneren Pressefreiheit"

Erfreulicher Fortschritt auch für den Leser

Von Heinz Ruhnau

Innensenator von Hamburg, Mitglied des SPD-Bundesvorstandes und
Geschäftsführender Vorsitzender des Parteivorstandsausschusses
für Massenmedien

Zwischen dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger, dem Deutschen Journalistenverband, der IG Druck und Papier (DJU) und der DAG ist am 17. Juni 1970 eine Einigung über den "Entwurf eines Vertrages über die Zusammenarbeit von Verlegern und Redakteuren (Kompetenzabgrenzung)" zustande gekommen. Dieser neue Tarifvertrag, der die sogenannte "innere Pressefreiheit" regelt, ist ein großer Schritt nach vorn. Die Konzentration im Zeitungswesen hat die Diskussion um die Rolle der Verleger in den letzten Jahren erneut in Bewegung gebracht. Dabei stand die Forderung der Redakteure nach größerer Unabhängigkeit von der politischen Haltung ihres Verlegers im Vordergrund. Wir alle müssen daran interessiert sein, daß die Redakteure einer Zeitung ihre Arbeit möglichst unbeeinflusst tun können. Es ist deshalb zu begrüßen, daß diese Grundhaltung Eingang in den neuen Tarifvertrag gefunden hat: "Der Redakteur hat das Recht und die Pflicht, seine journalistische Aufgabe nach bestem Wissen und Gewissen und unbeeinflusst von privaten Interessen und sachfremden Beweggründen wahrzunehmen".

Eine absolute Trennung zwischen Verlag und Redaktion wird, wie jeder Realist weiß, nicht möglich sein. Der Redakteur muß aber bei seiner publizistischen Tätigkeit soweit als nur irgend möglich von seinem Arbeitgeber unabhängig sein. Da die Konzentration im Pressewesen weiter zunehmen wird und damit die Zahl der Verleger abnimmt, kommt der Begrenzung des Verlegereinflusses für eine unabhängige Presse eine große Bedeutung zu. Wir alle, als Bürger und Leser, müssen sicher sein, daß die politische Haltung eines Verlegers nicht Art und Umfang der Information beeinflusst. Dieser neue Tarifvertrag, in dem die Kompetenzen von Verlegern und Redakteuren zum ersten Mal in der Geschichte des Pressewesens eingehend geregelt sind, wird auch nicht ohne Wirkung auf die Zeitungen selber bleiben. Hier ist nicht nur die Stellung der Redakteure geklärt worden, diese Regelung wird vielmehr auch zu einer besseren Trennung von Information und Meinung in unseren Zeitungen führen. Gerade die Vermengung von Information und Meinung im Sinne einer einseitigen "Kampfpresse" haben wir in den letzten Jahren sehr bedauert. Es wäre gut, wenn Verleger und Redakteure im Sinne dieses neuen Vertrages überall daran gingen, auf eine strenge Trennung von Information und Meinung zu achten.

Sicher ist dieser Vertrag auch zustande gekommen unter dem Eindruck der Diskussion über das Thema der Pressefreiheit insgesamt. Wir sollten nicht traurig sein darüber, daß hier eine gesetzliche Regelung "vorweggenommen" wurde. Wir können nur froh darüber sein, wenn Gewerkschaften und Arbeitgeber über den klassischen Lohnvertrag hinaus die grundsätzlichen Probleme ihrer Zusammenarbeit regeln. Das ist ein Fortschritt auch für den Leser, und um ihn geht es.

Für neun Kinder nur ein Platz im Kindergarten

Schwere Versäumnisse der CDU-Landesregierung von Schleswig-Holstein

Zwanzig Jahre lang hat die CDU in Schleswig-Holstein maßgebend regiert. Im nördlichen Bundesland ist noch heute für neun Kinder nur ein Platz im Kindergarten vorhanden, während der Bundesdurchschnitt 1:3,3 ausmacht. Alle Vorstöße der SPD-Opposition im Kieler Landtag sind von der CDU abgewiesen worden, oft mit fadenscheinigen Begründungen.

Aus einer Analyse der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände geht hervor, daß vor allem in den CDU-Hochburgen ein katastrophaler Mangel an Kindergartenplätzen vorhanden ist, der größte in der Bundesrepublik überhaupt. Im alten Landkreis Norderdithmarschen gibt es beispielsweise für 38,2 Kinder nur einen Platz.

Wegen der starken Aufwendungen der dänischen Minderheit sieht es in der Grenzstadt Flensburg am günstigsten aus. Hier gibt es für 2,2 Kinder den Platz im Kinderheim. Dennoch liegen noch 1.000 Anmeldungen vor.

Als Nahziel haben die Freien Wohlfahrtsverbände verlangt, daß bis 1974 11.500 Kindergartenplätze in Schleswig-Holstein geschaffen werden müssen. Dieses bescheidene Ziel wird 63,5 Millionen Mark kosten, ein Betrag, der auch im finanzarmen Schleswig-Holstein aufzubringen wäre.

Für die Betreuung der Kinder müßten 300 Leiterinnen der Kindergärten und 1.300 Erzieherinnen und Sozialpädagogen ausgebildet werden. Es ist heute möglich, wie eine Analyse der Technischen Hochschule in Hannover belegt, im Schnellverfahren der Fertigungsweise für 4.300 Mark einen Kindergarten mit etwa 100 Plätzen zu bauen.

Auf dem SPD-Landesparteitag in Husum haben die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein wiederum die Initiative ergriffen. Sie werden im Landtag mit noch deutlicheren Vorstößen das Thema anfassen und es auch zum Programm einer SPD-geführten Landesregierung machen. Nach der Ansicht der SPD muß mindestens bis 1975 ein Verhältnis von 1:3 hergestellt werden, was den Bau von 3.500 Kindertagesheimplätzen jährlich bedeutet. Das Land wird den Kommunen und Wohlfahrtsverbänden mit Finanzhilfen zur Seite stehen müssen.

Die SPD wünscht, daß die Kindertagesheime Vorschulcharakter erhalten. Es sollen Versuche mit fortschrittlichen Erziehungsmethoden vorgenommen werden. Moderne Kindertagesheime sollen die Benachteiligung der Begabtenentwicklung von Kindern bestimmter Sozialschichten verhindern. Es geht ganz einfach darum, den Kindern von Arbeitern schon vom ersten Schultag an gleiche Entwicklungschancen zu geben.

Schleswig-Holstein ist das Bundesland mit dem geringsten Industriebesatz. Vor dem Hintergrund der Beschäftigtenlage werden Frauen, vor allem junge Frauen, stärker einen industriellen Arbeitsplatz erhalten müssen. Auch aus dieser Sicht sind in Schleswig-Holstein dringend Kindergartenplätze vonnöten, zumal auch das Alter der Eheschließenden immer weiter jüngere Jahrgänge erfaßt.